



Der Empfangssalon (Präsidentensalon) © Parlamentsdirektion/Mike Ranz



Der Historische Sitzungssaal © Parlamentsdirektion/Mike Ranz



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Der Nationalrat

Der Nationalrat besteht aus 183 Mitgliedern, die vom Volk für eine Funktionsperiode von fünf Jahren gewählt werden. Wahlberechtigt sind dabei alle Österreicherinnen und Österreicher, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Die Hauptaufgabe des Nationalrates ist die Gesetzgebung. Im Nationalrat werden die Gesetzesvorschläge, die von den Abgeordneten, von der Bundesregierung, vom Bundesrat oder aber mittels eines Volksbegehrens an das Hohe Haus herangetragen werden können, in der Regel zunächst in einem Ausschuss vorberaten, ehe das Plenum darüber abstimmt.

Nicht minder wichtig ist die Kontrollfunktion des Nationalrates. Den Abgeordneten stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, um die korrekte Anwendung der Gesetze (die „Vollziehung“ derselben) zu überprüfen: mündliche und schriftliche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung, Prüfungsaufträge an den Rechnungshof oder die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. Die Kontrolle ist ihrem Wesen nach eine Hauptaufgabe der parlamentarischen Opposition.

Der Nationalrat kann darüber hinaus in Entschließungen seine Wünsche an die Bundesregierung kundtun. Die Bundesregierung ist vom Vertrauen des Nationalrates abhängig - würde er ihr das Misstrauen aussprechen, muss sie vom Bundespräsidenten entlassen werden. Wenn der Nationalrat Stellungnahmen zu Vorhaben im Rahmen der EU abgibt, sind die österreichischen Vertreter/innen in den Organen der EU grundsätzlich an diese gebunden.

Der Bundesrat

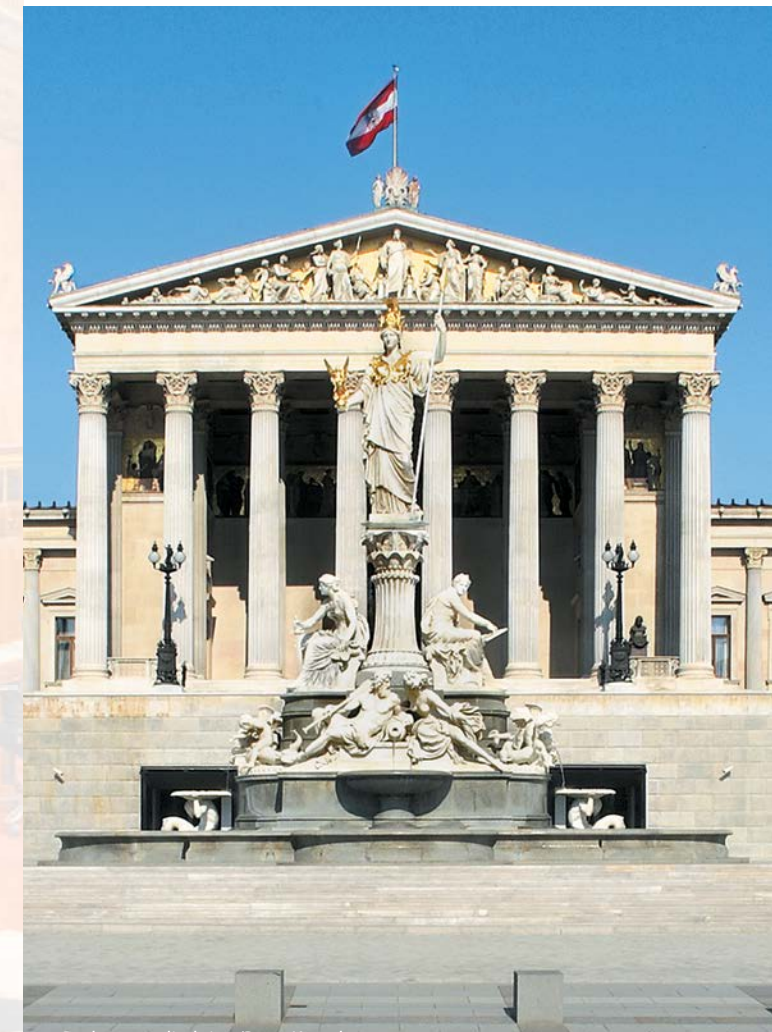
Der Bundesrat hat derzeit 61 Mitglieder, die von den Landtagen der neun Bundesländer für die Dauer der jeweiligen Landtags-Gesetzgebungsperiode gewählt werden. Dabei entsendet jedes Bundesland je nach Größe maximal zwölf und mindestens drei Mitglieder in den Bundesrat.

Der Bundesrat ist zur Vertretung der Länderinteressen auf Bundesebene berufen und wirkt zu diesem Zweck an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die vom Nationalrat gefassten Gesetzesbeschlüsse und Staatsverträge werden unverzüglich dem Bundesrat zugeleitet und hier für gewöhnlich in einem Ausschuss vorberaten, ehe sich das Plenum des Bundesrates abschließend mit ihnen auseinandersetzt.

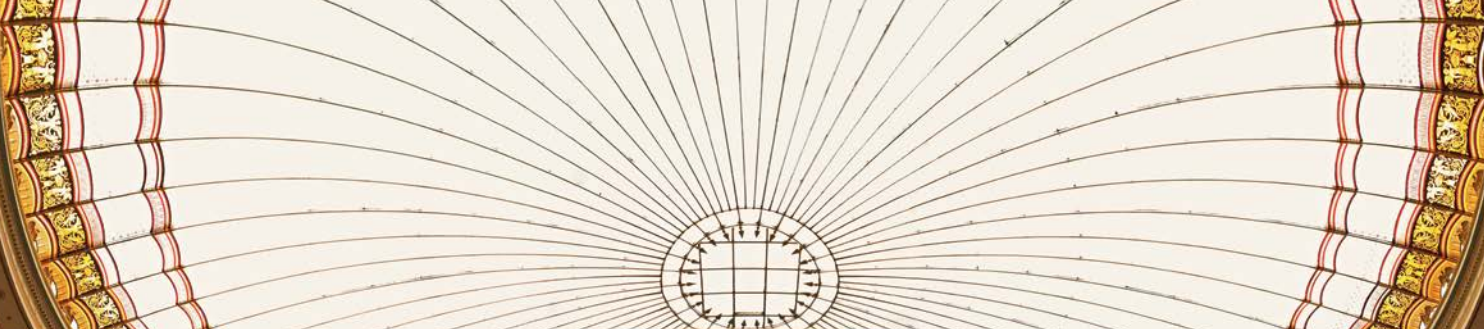
Gegen die meisten Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates kann der Bundesrat einen mit Gründen versehenen Einspruch erheben. Der Nationalrat muss sich in diesem Fall mit dem Gesetzesbeschluss neuerlich befassen, kann dabei jedoch durch einen sogenannten Beharrungsbeschluss den Einspruch des Bundesrates überwinden. Ein Gesetz verhindern (absolutes Vetorecht) kann der Bundesrat nur, wenn die Kompetenzen der Bundesländer geändert werden sollen.

Auch die Mitglieder des Bundesrates haben das Recht, Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung zu richten. Außerdem können Entschließungen gefasst werden und auch in Angelegenheiten der EU kann der Bundesrat aktiv werden.

Das österreichische Parlament



© Parlamentsdirektion/Peter Korrak



Das Glasdach im Historischen Sitzungssaal
© Parlamentsdirektion/Mike Ranz



Das BesucherInnenzentrum © Parlamentsdirektion/Mike Ranz

Das Parlamentsgebäude

Das Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstraße hat im Laufe seiner hundertdreißigjährigen Geschichte verschiedene parlamentarische Körperschaften beherbergt. Zunächst war es der Sitz des Reichsrats, des Parlaments der österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie. Für dieses Parlament wurde das Gebäude in den Jahren 1874 bis 1884 nach Plänen des dänischen Architekten Theophil Hansen errichtet.

Hansens architektonisches Konzept wollte an das antike Griechenland als „Wiege der Demokratie“ erinnern und orientierte sich dabei auch im Baustil an antiken Vorbildern, weshalb dieser Stil auch Historismus genannt wird.

Das Gebäude beherbergt zwei große Sitzungssäle, die durch den von der großen Säulenhalle beherrschten Mittelbau verbunden werden. Es spiegelt so den in der Monarchie festgelegten Aufbau des Reichsrats wider, der aus zwei Kammern, nämlich dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus, bestand.

Im Jahre 1918 vollzog sich im Parlamentsgebäude am Ring der Übergang zur Republik. Die „Konstituierende Nationalversammlung“ erarbeitete in der Folge das Bundes-Verfassungsgesetz, das bis heute das verfassungsrechtliche Fundament der Republik Österreich bildet.

Von 1920 bis 1934 und seit 1945 haben Nationalrat und Bundesrat, die Organe der Bundesgesetzgebung der Republik Österreich, im Parlamentsgebäude ihren Sitz. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Parlamentsgebäude durch Bombenangriffe schwer beschädigt, die Bausubstanz beinahe zur Hälfte zerstört. Bis 1956 erfolgte der Wiederaufbau, wobei der Sitzungssaal des Nationalrats in einem damals modernen, funktionalen Stil neu gestaltet wurde, während die übrigen öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten ebenso wie das äußere Erscheinungsbild des Parlamentsgebäudes weitgehend originalgetreu wiederhergestellt wurden.

Im Laufe der Jahre jedoch mussten viele, teilweise noch auf Hansen zurückgehende Bestandteile des Gebäudes – etwa das Dach, die Haustechnik, die Beheizung der einzelnen Räumlichkeiten – dem Zahn der Zeit Tribut zollen, weshalb man sich zu einer umfassenden Sanierung entschlossen hat, bei der auch die Rahmenbedingungen für die parlamentarische Arbeit auf den neuesten Stand gebracht werden sollen.



Impressum:
Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion
Anschrift: Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich
Redaktion: L4 Information und Öffentlichkeit
Grafische Gestaltung: Bernhard Kollmann

Wien, 2016